



Digitalausgabe 01/2021

BILDUNG • KULTUR • GESELLSCHAFT

Vermisst in Benin

(S. 17)



BILDUNG & POLITIK

Debatte: Schüler:innen gegen radikal islamistische Lehren immunisieren (S. 4)

GESELLSCHAFT & POLITIK

Kopftuchverbot (Berlin): Nun soll Karlsruhe entscheiden (S. 16)

KULTUR & POLITIK

Gehört Raubkunst aus Kolonialen in das Humboldt Forum? (S. 19)



Eine Aufgabe der Politik, nicht nur der Schule:

Moscheen – wie die Sehlik-Moschee in Berlin-Tempelhof (Bild links) – sind mehr als Orte des Gebets. Es wird davon ausgegangen, dass in nahezu allen Moscheen Korankurse angeboten werden. Rund zehn Prozent der muslimischen Kinder in Deutschland besuchen Koranschulen (Bild Mitte). In Hamburger Schulen (im Bild die Grundschule Rungwisch in Hamburg-Eidelstedt) wird ein konfessionsübergreifender „Religionsunterricht für alle“ angeboten.

Wie immunisieren wir Schülerinnen und Schüler gegen die Übernahme radikal islamistischer Lehren?

HILDA LÜHRIG-NOCKEMANN

Groß war das Entsetzen, als muslimische Schüler*innen die vom französischen Bildungsminister Jean-Michel Blanquer europaweit erbetene Schweigeminute störten. In mehreren deutschen Schulen rechtfertigten sie die Enthauptung des französischen Lehrers Samuel Paty mit der Begründung, der Lehrer habe schließlich ihren Propheten beleidigt. Dass dies kein französisches Problem ist, zeigt der schon im Juni 2020 im Deutschlandfunk geäußerte Vorwurf des Islamismusexperten und Psychologen Ahmad Mansour, die „demokratische Mitte“ vermeide unbequeme Islamdebatten: „Es ist natürlich wichtig, dass wir gerade über Corona sprechen. Aber wir haben auch andere Probleme in dieser Gesellschaft. Dazu gehört Radikalisierung von muslimischer Seite, aber auch von Rechtsradikalen.“



Hilda
Lührig-Nockemann
Chefredakteurin

Keine Stigmatisierung von Muslim*innen

Es geht – um hier kein Missverständnis aufkommen zu lassen – um die Eindämmung der Auswüchse eines schon im Schulalter verorteten radikalen Islamismus. Keinesfalls wird beabsichtigt, Muslim*innen unter Generalverdacht zu stellen oder „zu stigmatisieren und den Islam zu verteufeln“, wie Mansour im Oktober 2020 in der Zeitschrift „Cicero“ – ohne die Gefahr des fundamentalistischen Islam zu bagatellisieren – klarstellte. Längst ist der Satz des Altbundespräsidenten Christian Wulff (CDU) „Der Islam gehört inzwischen zu Deutschland“, der vor zehn Jahren heftige Kontroversen provoziert hatte, Realität geworden. Von Arbeitnehmer*innen über Wissenschaftler*innen bis zu Politiker*innen nehmen Muslim*innen Einfluss auf das Leben in Deutschland. Ihnen wird mit Akzeptanz und Hochachtung begegnet. 1.822.500 Menschen

muslimischen Glaubens – nahezu jede(r) zweite (45 %) – hatten 2008 die deutsche Staatsangehörigkeit. [Mit neueren Zahlen ist nach Angaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) gegenüber dem zwd-POLITIKMAGAZIN im 1. Halbjahr 2021 zu rechnen.] Insgesamt lebten, wie das BAMF ermittelte, hier mit Stichtag 31.12.2015 zwischen 4,4 und 4,7 Millionen Muslim*innen – liberale, reformerische und streng gläubige. Von ihnen gehörten gut 1.600 Menschen – 0,03 Prozent – laut dem Bundesamt für Verfassungsschutz Anfang des Jahres 2017 zum islamistisch-terroristischen Personenpotenzial. Um deren Kinder und um die Kinder der diesem Gedanken gut nahestehenden Muslim*innen geht es hier. Sie, und ist ihr Anteil auch noch so gering, müssen endlich in den Blick genommen werden. Einem Sich-Öffnen gegenüber radikalen Ideologien muss gegengesteuert werden, und zwar präven-

tiv. Vom ersten Schultag an muss alles darauf hinzielen, Kinder aus diesem Umfeld von dem Begehen terroristischer Taten als junge Erwachsene abzuhalten.

Diskurs über den islamischen Fundamentalismus wagen

Die Alarmglocken gegen islamistische Gewalt haben auch in Deutschland viel zu lange geschwiegen, ist doch diese nicht erst seit dem 16. Oktober 2020, der Hinrichtung von Samuel Paty, bekannt. Schon in ihrem 2015 erschienenem Buch „Scharia in Deutschland“ thematisierte die ehemalige Muslimin und jetzige Christin Sabatina James (Pseudonym) eine zunehmende demokratiefeindliche Entwicklung und Radikalisierung unter den jungen Muslim*innen. Anders als viele liberale Muslime wollten diese den Islam konsequent leben. Diese radikalen Muslim*innen lebten mit einem auf Hass basierendem Glaubensdogma und bezögen sich auf genau die Textstellen im Koran, die ein solches

propagierten. Zum Beispiel fordere Sure 9:5 „Tötet die Heiden, wo immer ihr sie findet [...]“. Dieses Glaubensdogma gäben sie an ihre Kinder weiter.

Die Rolle der KMK

Hier muss die Schule ansetzen und man kommt nicht um die Frage herum, welche Vorgaben deren oberste Dienstherren und -frauen, die Bildungsminister*innen der Länder, geben.

Ausschließlich das Bildungsministerium des Landes **Schleswig-Holstein** misst dem Islamismus eine Bedeutung im Kontext von Gewalt bei. In den Handlungsleitlinien für Schulleitungen und Lehrkräfte „Religion, Islamismus und Salafismus in Schulen“ – unter Bildungsministerin Karin Prien (CDU) im Oktober 2018 erschienenen – werden auf 10 Fragen zu dem Thema Antworten gegeben. Kein anderes Bundesland bringt den Islamismus mit „Gewalt gegen Lehrerinnen und Lehrer“ in Verbindung, wie der gleichnamige Beschluss der Kultusministerkonferenz (KMK) vom 6. Dezember 2018, eine Übersicht der Handhabung des Problems in den einzelnen Bundesländern, zeigt. Hätte die fehlende Verortung des radikalen Islamismus in der Gewaltthematik der Länder die KMK nicht hellhörig machen und dazu veranlassen müssen, ein gemeinsames Konzept zum Umgang mit islamistischen Tendenzen in Schulen zu entwickeln?

Genauso wenig reicht es aus, dass die KMK lediglich den Aufruf ihres französischen Kollegen unterstützt. Die daraufhin an **Nordrhein-Westfalens** Schulen adressierte Mail des dortigen Bildungsministeriums (FDP-geführt), mit der Gedankenminute ein „starkes Signal gegen Gewalt an Lehrerinnen und Lehrer [...]“, welche die europäischen Werte von Demokratie, Frieden und Meinungsfreiheit verteidigen“ zu setzen, ist auf den Augenblick gerichtet. **Thüringens** Bildungsminister Helmut Holtmann (DIE LINKE) setzt in seinem Aufruf an die Schulen auf die Zukunft und ermutigt die Schulen, Orte der Aufklärung zu bleiben. Den Begriff „Gewalt“ relativiert er und spricht stattdessen von „Einschüchterungsversuchen und verbaler Gewalt gegen Lehrkräfte“. Mit dem Wissen, dass Lehrkräfte „eine zentrale Rolle als Botschafterin und Botschafter demokratischer Grundwerte“ innehaben, sagt er seinen Einsatz für ein angstfreies Unterrichten sowohl der Lehrplaninhalte

als auch der Vermittlung der Werte einer freien und aufgeklärten Gesellschaft zu. Dazu gehöre, den Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schulen, der sich aus den Verfassungen ableitet, täglich umzusetzen und den Schüler*innen die Achtung vor jedem Menschen beizubringen.

In den Lehrplänen ist dieser Auftrag – gerade vor dem Hintergrund des unterschiedlichen religiösen und kulturellen Kontextes der Schüler*innen – sehr indifferent. In **Berlin** jedoch verwies der Pressesprecher der Senatsbildungsverwaltung, Martin Klesmann, auf die neuen, seit dem Schuljahr 2017/18 wirksamen Rahmenlehrpläne 1–10. „Themen wie Grundrechte, Meinungsfreiheit und religiöse Toleranz“ gehörten seitdem zum Repertoire der Unterrichtsinhalte. Tatsächlich findet sich im Fächerkanon ab Klasse 5 „Lebensgestaltung-Ethik-Religionsunterricht“ und mit Beginn der Sekundarstufe I (Berlin: Klasse 7) „Ethik“, „Philosophie“ sowie „Politische Bildung“. Eine deutliche Sprache spricht auch das **hessische** Schulgesetz (siehe Kasten), überlässt jedoch die konkrete Umsetzung den Schulen.

Eine verschwindend kleine, aber lautstarke Minderheit

Am islamischen Religionsunterricht nehmen derzeit laut der Plattform „Medien-dienst Integration“ 59.639 Schüler*innen – ein Zehntel aller islamischen Schüler*innen an staatlichen Schulen – teil. Die KMK kommt in dem Papier „Auswertung Religionsunterricht. Schuljahr 2017/18“ zu einem anderen Ergebnis, allerdings ohne Berücksichtigung der Sek-II-Schulen. Danach besuchten im Primar- und Sekundarbereich I 30.747 Schüler*innen den islamischen Religionsunterricht, das entspricht einem Anteil von 0,4 Prozent aller Religionsunterrichts sowie Ethik. Unter dem Aspekt, dass nur in rund 900 Schulen, verteilt auf neun Bundesländer, eine Form von Islamunterricht angeboten wird (siehe Seite 28), erstaunt diese verschwindend kleine Minderheit nicht. Eine zusätzliche Alternative zu dem schulischen Angebot sehen viele Muslim*innen in den vom Medien-dienst Integration (MDI) geschätzten 2.750 Koranschulen. Diese würden von 47 bis 62 Prozent der muslimischen Schüler*innen neben dem Unterricht an staatlichen Schulen besucht, dokumentiert der NDR-Redakteur Joachim Wagner in seinem Buch „Die Macht der Moscheen. Scheitert die

Hessisches Schulgesetz

in der Fassung vom 30. Juni 2017 (GVBl. S. 150), geändert durch Gesetz vom 3. Mai 2018 (GVBl. S. 82)

§ 2

Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule

(2) Die Schulen sollen die Schülerinnen und Schüler befähigen, in Anerkennung der Wertordnung des Grundgesetzes und der Verfassung des Landes Hessen [...]

3. die christlichen und humanistischen Traditionen zu erfahren, nach ethischen Grundsätzen zu handeln und religiöse und kulturelle Werte zu achten,
4. die Beziehungen zu anderen Menschen nach den Grundsätzen der Achtung und Toleranz, der Gerechtigkeit und der Solidarität zu gestalten,
5. die Gleichberechtigung von Mann und Frau auch über die Anerkennung der Leistungen der Frauen in Geschichte, Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft zu erfahren,
6. andere Kulturen in ihren Leistungen kennen zu lernen und zu verstehen,
7. Menschen anderer Herkunft, Religion und Weltanschauung vorurteilsfrei zu begegnen und somit zum friedlichen Zusammenleben verschiedener Kulturen beizutragen sowie für die Gleichheit und das Lebensrecht aller Menschen einzutreten.

Integration am Islam?“

Der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages dagegen spricht in seiner Studie „Moscheen in Deutschland“ (WD10-3000-083/19) lediglich von rund 10 Prozent der muslimischen Schüler*innen, die eine Koranschule besuchen. Hier wird nach Geschlechtern getrennt und mit gleichgeschlechtlichen Koranlehrer*innen gelernt, die in der Regel in der Sprache des Herkunftslandes der Kinder unterrichten. Der Unterricht orientiert sich in vielen Koranschulen an konservativen Strömungen des Islam und vermittelt überkommene Moralvorstellungen. Mansour, der sich selbst als „Muslim und Demokrat“ bezeichnet, merkt dazu in Cicero kritisch an, dass es „oftmals von staatlicher Seite keine Kontrolle gibt, was der Lehrplan inhaltlich vorsieht“.

Ein Teil der muslimischen Schüler*innen lebt in einer Parallelwelt

Die Schüler*innen der Koranschulen dürfen jedoch nicht – aufgrund lautstarker Äußerungen der extrem islamistischen Minderheit und der gleichzeitigen Zurückhaltung liberaler Muslim*innen – durch die Bank verallgemeinert in die Ecke

eines radikalen Islamismus gestellt werden. Im Gegenteil, viele muslimische Schüler*innen leben ihren Glauben und beweisen zugleich genügend Toleranz für Andersdenkende.

Ein kleinerer Teil jedoch, der im Umfeld von Moschee, Koranschule und Familie streng konservativ erzogen wird, lebt in einer „Parallelwelt – hier der öffentliche Schulunterricht, dort die Glaubensschulen“, wie Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) das Problem in WELT AM SONNTAG beschrieben hat. Konkret wurden Lehrer*innen, die im Berliner Tagesspiegel von ihren Erfahrungen berichteten. Muslimischen Kindern aus sehr konservativen Elternhäusern werde das Bild einer untätigen Frau, die Ablehnung der Homosexualität, die Verwerflichkeit des westlichen Wertesystems und der Juden Hass von frühester Kindheit an vermittelt. Vor diesem Hintergrund forderte Berlins GEW-Landesvorsitzender Tom Erdmann in der Online-Plattform „news4teachers“, dass Lehrer*innen im „Umgang mit fundamentalistischen Tendenzen gestärkt werden“ müssten. Dieses Anliegen ist nach Überzeugung von Expert*innen vorranglich anzugehen, insbesondere indem Fortbildungen mit diesem Schwerpunkt verstärkt angeboten werden.

Für Schulen keine Kür, sondern Pflicht: die Vermittlung demokratischer Werte

Den Berliner Schulen liegt zum Beispiel schon seit 2010 die Handreichung „Islam und Schule“ vor. Das in der Ära von Bildungsminister Prof. E. Jürgen Zöllner (SPD) erschienene Handbuch für Lehrkräfte erklärt die Grundzüge des Islam und zeigt auch zu den oben genannten Problemen Lösungswege auf. Fünf Jahre später wurde unter der Ägide von Bundesjugendministerin Manuela Schwesig (SPD) das Bundesprogramm „Demokratie leben“ auf den Weg gebracht. Ein Schwerpunkt des mittlerweile 500 Projekte umfassenden bis 2024 verlängerten Programms ist die Auseinandersetzung mit radikalen und gewaltorientierten Bewegungen. Schwesigs Nachfolgerin, Bundesjugend- und -familienministerin Franziska Giffey (SPD), gelang es vor dem Hintergrund rechtsradikaler Auswüchse, das Demokratieprogramm auf eine gesetzliche Basis zu stellen und damit zu verstetigen. Beide bieten für Lehrer*innen wertvolle Orientierungs-

hilfen und Unterstützungsbausteine, bedürfen aber dennoch der Ergänzung durch entsprechende KMK-Maßnahmen, denn bisher ist offensichtlich noch nicht die erhoffte Wirkung eingetreten.

Der einzige Ort, an dem die Werte des Grundgesetzes kennen gelernt und eingeübt werden können

Die Politik muss dafür Sorge tragen, dass die Schule im Sinne des hessischen Schulgesetzes der Ort bleibt, an dem gelernt wird, „zum friedlichen Zusammenleben verschiedener Kulturen beizutragen“. Dabei darf es nach Auffassung des Vorsitzenden des Deutschen Lehrerverbandes Heinz-Peter Meidinger nicht vorkommen, dass – politisch oder religiös motiviert – versucht werde, „Lehrkräfte einzuschüchtern“ oder, in den Worten des Vorsitzenden des Berliner Landeselternausschusses Norman Heise, „aus Angst bestimmte Themen aus dem Unterricht aus(zu)klammern“.

Denn für die Schüler*innen, die mit extrem islamistischen Werten aufwachsen, ist die Schule – die Primarstufe eingeschlossen – womöglich der einzige Ort, an dem sie die Werte des Grundgesetzes als Gegenpol zu den ihnen vorgelebten kennen lernen, sie einüben und tradierte Denkweisen reflektieren können. Unter diesem Blickwinkel misst auch der Politikwissenschaftler Hamed Abdel-Samad der Schule große Bedeutung bei. Sie müsse imstande sein, „Werte zu vermitteln und den Kindern klarzumachen, dass hier eine bessere Alternative liegen könnte im Vergleich zu den patriarchalischen Strukturen, die in konservativen Familien vorherrschen“, beschrieb er in der Tageszeitung „Die Welt“ seine Anforderungen an Schule.

Religionsunterricht für alle

Ein Schritt auf diesem Weg kann der in den Stadtstaaten Bremen und Hamburg erteilte „Religionsunterricht für alle“ sein, der sich an alle Schüler*innen unabhängig von deren Konfession richtet (Kasten untenstehend). Denkbar ist auch, den Unterricht von dem Attribut Religion zu befreien und einen für alle Schüler*innen verpflichtenden Ethikunterricht im Stundenplan zu implementieren. Neben den gewaltfreien Symbolfiguren für Freiheit und Gerechtigkeit hätten hier auch Philosoph*innen aller Kulturen, Sozialwissenschaftler*innen

etc. ihren Platz. Nicht nur der Unterricht, auch der Schulalltag braucht ein Konzept, das dagegen steuert, dass – in den Worten des Islamwissenschaftlers Mathias Rohe (Universität Erlangen-Nürnberg) – „die extremistische Ideologie in Köpfe der nachwachsenden muslimischen Generation einsickert“. Keinen Erfolg haben wir, wenn wir die religiösen Gefühle von Schüler*innen aus anderen Kulturen komplett ignorieren und ihnen unser europäisches Wertesystem überstülpen. Dieses müssen alle Schüler*innen – und das ist von immenser Bedeutung – mit und ohne Migrationshintergrund im Schulalltag täglich erfahren und auch leben: durch die Vermittlung der demokratischen Werte, die Auseinandersetzung mit ihnen und ihre Anwendung. Damit kommt die Schule einer langjährigen pädagogischen Forderung nach, nicht nur ein Haus des Lernens, sondern auch ein Haus des Lebens zu sein. Ziel einer solchen Schule ist es, die Persönlichkeitsentwicklung aller Schüler*innen zu fördern und sie ihrem Alter entsprechend zu befähigen, ihre eigene Lebensgestaltung – auf der Basis der demokratischen Werte – in den Blick zu nehmen. Um auf die Kinder aus einem extrem islamistischen Umfeld zurückzukommen: Sie würden aus einer solchen Ausrichtung des Schulalltags als Jugendliche gestärkt gegen die Anwerbung für fundamentalistische Organisati-

Religionsunterricht in der Hansestadt Hamburg

Der Religionsunterricht in Hamburg ist ordentliches Lehrfach auf Grundlage von Art. 7 Abs. 3 GG und § 7 HmbSG. Seine Inhalte werden zurzeit von der evangelischen Kirche verantwortet, als „Religionsunterricht für alle“ richtet er sich jedoch an alle Schülerinnen und Schüler, unabhängig von ihrer Konfession. Seit 2013 wird er so weiterentwickelt, dass er zukünftig in gleichberechtigter Verantwortung der ev.-luth. Kirche in Norddeutschland, der jüdischen Gemeinde Hamburg, der muslimischen Religionsgemeinschaften DITIB, SCHURA Hamburg und VIKZ sowie der alevitischen Gemeinde Deutschland erteilt wird. Fast alle Schülerinnen und Schüler nehmen zurzeit an ihm teil (Abmeldequote ca. 0,1%). Ab Jahrgang 7 wird Religion in Wahlpflichtalternative zu Philosophie angeboten. An sehr wenigen Schulen wird außerdem ein separater katholischer Religionsunterricht erteilt.

Quelle: KMK-Auswertung Religionsunterricht Schuljahr 2017/18.

onen hervorgehen. Diese gesellschaftspolitisch relevante Aufgabe, die nicht nur als Reparatur, sondern vor allem als Präventionsarbeit gelöst werden muss, liegt in der Verantwortung der Schulpolitik.

Die KMK muss für die Rahmenbedingungen sorgen und eine Antwort geben auf die Frage:

Wie immunisieren wir Schülerinnen und Schüler gegen die Übernahme radikal islamistischer Lehren?

Die Fragestellung möchten wir auch an Sie, unsere Leser*innen, adressieren und Sie einladen, sich an der Debatte in unserem Magazin zu beteiligen (chefredaktion@zwd.info).

Soweit der Diskussionsbeitrag aus der Ausgabe 382 des zwd-POLITIKMAGAZINS. Die Debattenbeiträge finden Sie auf den nächsten Seiten.

MDI-Recherche: „Religion an Schulen – Islamischer Religionsunterricht in Deutschland“

zwd-Berlin (no). An 917 öffentlichen Schulen wird islamischer Religionsunterricht angeboten. Während er in Hessen und Niedersachsen seit Beginn des Schuljahres 2013/14 ordentliches Schulfach ist, fehlt er auf den Stundenplänen der ostdeutschen Länder. Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages zieht aus den uneinheitlichen Regelungen der Bundesländer das Resümee, dass „für die Einführung eines flächendeckenden und regulären Islamunterrichts allerdings der Konsens der Kultusminister“ fehle (Sachstand WD 10 3000 – 083/19).

Der Mediendienst Integration hat am 20. Mai 2020 ein Rechercheergebnis zu „**Religion an Schulen. Islamischer Religionsunterricht in Deutschland**“ publiziert. Daraus wird im Folgenden zitiert:

1. Bekenntnisorientierter Religionsunterricht durch islamische Verbände

In Hessen und Niedersachsen wird islamischer Religionsunterricht in Zusammenarbeit mit islamischen Verbänden erteilt.

Die Lehrpläne werden dabei von den Religionsgemeinschaften und staatlichen Stellen gemeinsam entwickelt. Die religiösen Grundsätze des Unterrichts werden durch die Religionsgemeinschaften festgelegt. In beiden Ländern gibt es demnach bekenntnisorientierten Unterricht gemäß Artikel 7 Absatz 3 Grundgesetz.

In Berlin wird islamischer Religionsunterricht in alleiniger Verantwortung eines islamischen Landesverbands als freiwilliger Zusatzunterricht erteilt.

2. Modellprojekte mit muslimischen Partnern

Rheinland-Pfalz und das Saarland erproben islamischen Religionsunterricht in Modellprojekten. In Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg gibt es befristete Übergangsmodelle. Muslimische Verbände oder lokale Moscheegemeinden werden dabei auf unterschiedliche Weise einbezogen.

Das Saarland hat sein Modellprojekt 2019 um vier Jahre verlängert und möchte es schrittweise auf mehr Grundschulen ausweiten. Baden-Württemberg hat ein Stiftungsmodell ins Leben gerufen, das zunächst bis 2025 befristet ist. Nordrhein-

Westfalen will den bisherigen Beirat durch eine Kommission muslimischer Verbände ersetzen. Das Übergangsmodell ist ebenfalls bis 2025 befristet.

3. Islamkunde in staatlicher Verantwortung

In Bayern und Schleswig-Holstein gibt es einen „islamkundlichen“ Unterricht in staatlicher Verantwortung. Die Religionsgemeinschaften sind daran nicht beteiligt. In Bayern wurde das Modellprojekt um zwei Jahre verlängert. Der Freistaat strebt an, das staatlich verantwortete Fach langfristig in ein Wahlpflichtfach umzuwandeln.

In Hessen wird ab dem Schuljahr 2019/20 das Fach „Islamunterricht“ in staatlicher Verantwortung ab der siebten Klasse als Modellprojekt angeboten. Die hessische Landesregierung will den Islamunterricht im kommenden Schuljahr ausweiten.

4. Konfessionsübergreifender Religionsunterricht für alle

In Hamburg und Bremen gibt es einen konfessionsübergreifenden Religionsunterricht, an dem Schüler*innen aller Glaubensrichtungen teilnehmen.

Als erstes Bundesland will Hamburg den Religionsunterricht für alle künftig interreligiös – mit gleichberechtigter Beteiligung verschiedener Religionsgemeinschaften – ausrichten.

5. Kein islamischer Religionsunterricht

In den fünf östlichen Bundesländern gibt es kein Angebot für muslimische Schüler*innen.

zwd-Debatte

Wie immunisieren wir Schülerinnen und Schüler gegen die Übernahme radikal islamistischer Lehren?

HILDA LÜHRIG-NOCKEMANN

zwd Berlin. In Schulen sind radikale Ansichten keine Einzelfälle. Darauf deuten die Ergebnisse des vom Bundesbildungsministerium (BMBF) geförderten Projekts „RadigZ“ hin. Auch wenn die 2018 mit 7.000 Schüler:innen (14 bis 15 Jahre) durchgeführte Studie nicht repräsentativ ist, wie es auf der Website des Ministeriums heißt, spiegeln die Zahlen doch die Tendenz wider: Im Bereich des Islamismus umfasst die Risikogruppe 1,5 Prozent, beim Rechtsextremismus ist sie mit 2,8 Prozent fast doppelt so groß. Den Impfstoff gegen die Ismen müssen wir – wie bei dem Corona-Virus vor Ausbruch der Krankheit – vor Ausbruch der Radikalisierung einsetzen. Wer wäre als Präventionsort dafür nicht besser geeignet als die Schule. Hier werden alle Kinder und Jugendlichen zwischen 6 und 18 Jahren erfasst. Hier schon muss der „soziale Prozess, der zu einer extremen Polarisierung von Gefühlen, Überzeugungen und Verhaltensweisen führt, die mit der gesellschaftlichen Norm inkonsistent ist“ (Nils

Böckler und Andreas Zick, Bielefelder Gewaltforscher) im

Keim erstickt werden. Jeder Prozess bedeutet Bewegung, er hat einen Anfang. Zum ‚Anfang‘ darf erst gar nicht kommen, deshalb muss in den Schulen mit der Immunisierung gegen Radikalität begonnen werden. In Bezug auf den radikalen Islamismus haben wir Vertreter:innen der Lehrer:innenverbände und Wissenschaft sowie prominente Muslim:innen um ein Statement in dieser Sache gebeten. Deren Ausführungen sind – wie sich im Vergleich der radikalen Auswüchse gezeigt hat – auch relevant für den radikalen Rechtsextremismus. Ihn dürfen wir keinesfalls aus dem Blick verlieren, denn – wie Generalbundesanwalt Peter Frank im November 2020 dpa sagte – beobachte er mit „großer Sorge, wie unsere freiheitliche demokratische Grundordnung von Extremisten jeglicher Ideologien angegriffen wird“.



KOMMENTAR

Gesellschaftliche und kulturelle Integration als Antwort auf Rechtsextremismus und Islamismus

(zwd) Kiel. Die größte extremistische Gefahr in Deutschland ist zumindest sein einiger Zeit nicht der Islamismus, sondern der Rechtsextremismus; dennoch bleibt der Islamismus eine latente Bedrohung, er dämmert, kann aber besonders durch den Rechtsextremismus immer wieder zu Taten aufgestachelt werden.

Die zentrale Herausforderung für Deutschland ist es, die Migrant*innen zu integrieren und uns für deren Kulturen und Religionen zu öffnen, um so gesellschaftliche und kulturelle Spaltkräfte zu überwinden. Islamistische Konflikte drohen zumindest längerfristig aus sozioökonomischen und soziokulturellen Gründen.

- Sozioökonomisch sollte der extrem niedere soziale Status von Migranten, die Segregation beim Wohnen und vor allem in der Bildung alarmieren.

- o Bedrohlich ist sowohl der im Ländervergleich besonders niedrige soziale Status der Migranten als auch die äußerst geringe soziale Mobilität in Deutschland, die den niederen Status der Zugewanderten versteinert.
- o Beunruhigend ist auch die soziale und vor allem ethnische Entmischung der Siedlungsstruktur, die im Ausland mehrfach zu Revolten geführt hat.

- o Besonders bedenklich ist die ethnisch-soziale Selektivität des Bildungswesens. – sowohl in der Allgemeinbildung als auch in der privatisierten deutschen Berufsausbildung.

- Soziokulturell schlagen die Ängste vor ökonomischem und kulturellem Wandel um in Ausländerfeindlichkeit, Islamophobie und Antisemitismus.

Aufgabe sollte es sein, der Mehrheitsgesellschaft angesichts der Globalisierung und der technischen, ökonomischen und kulturellen Beschleunigung die Ängste vor dem Wandel, vor dem Einfluss anderer Kulturen und Religionen zu nehmen und andererseits den Migranten zu vermitteln, dass sie, die kulturellen Leistungen ihrer Herkunftsländer und ihre Religionen in Deutschland willkommen sind. Angesichts des Islamismus und vor allem Rechtsextremismus sind fast alle Politikbereiche gefordert.

Wie häufig sind die Blicke vor allem auf die Bildungspolitik gerichtet, von der Wunder erwartet werden. Zugleich will man bzw. wagt man nicht, die Privilegierung innerhalb Bildungssystem aufzugeben, obwohl gerade sie am stärksten die Gesellschaft sozial und ethnisch spaltet.

Kurzfristig verbleiben daher nur innerschulische Maßnahmen. Am wichtigsten sind:

- noch stärker den deutsch- wie europäisch-orientierten Geschichts-, Kultur- und Religionskanon zu überwinden und die Leistung auch anderer Kulturen und Religionen zu würdigen,
- den konfessionellen Religionsunterricht zu überwinden, der in der Vergangenheit am stärksten Vorurteile gegenüber anderen Konfessionen und Religionen vermittelt hat.



Dr. Joachim Lohmann, Staatssekretär a.D., Stadtschulrat a.D., ehemaliger Vorsitzender der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule e.V.

Birgit Koch, Vorsitzende der GEW Hessen**„Die gesamte Schule ist gefordert, sich zu einem Ort der demokratischen Diskussion zu entwickeln.“**

Bildquelle: GEW Hessen

Der grausame Mord an dem französischen Lehrer Samuel Paty durch einen vom radikalen Islam geprägten Schüler hat viele Pädagoginnen und Pädagogen erschüttert. Es steht die Frage im Raum, wie es dazu kommen konnte. Und: Wie kann die Schule vor der Übernahme islamistischer Lehren schützen? Einfache Antworten gibt es nicht, aber doch Ansatzpunkte:

Wir benötigen ein hochwertiges Angebot zur Auseinandersetzung mit weltanschaulichen Fragen. Das kann im Rahmen eines bekenntnisorientierten Islamunterrichts unter staatlicher Aufsicht geschehen, aber auch in einem (überkonfessionellen) religionskundlichen Angebot. Als Beispiel sei auf das Fach „Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde“ verwiesen.

Für den Fall, dass sich bei Einzelnen eine mögliche Radikalisierung abzeichnet, müssen Schulen über schnellen Zugriff auf kompetente Unterstützungsstrukturen verfügen.

Die Adoleszenz ist eine Phase der Verunsicherung und der Sinnsuche. Die jungen Menschen müssen sich ernsthaft mit den sie beschäftigenden Themen auseinandersetzen können. Um zu lernen, divergierende Positionen zu verstehen und gegebenenfalls auch auszuhalten, braucht es viel Zeit. Dies ist in erster Linie ein Auftrag an die Fächer der politischen Bildung, die leider allzu lang ein Schattendasein führten.

Letztendlich ist allerdings die gesamte Schule gefordert, sich zu einem Ort der demokratischen Diskussion zu entwickeln. Dazu gehört auch eine Kultur der Anerkennung. Wenn Schule systematisch Erfahrungen der Selbstwirksamkeit, der Solidarität und des gegenseitigen Respekts ermöglicht, leistet sie damit auch die bestmögliche Prävention.

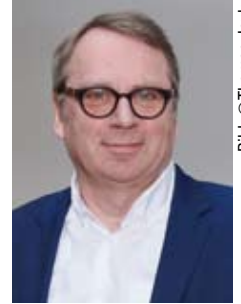
Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des VBE**„Je mehr Wissen vermittelt und je stärker in die Reflektion gegangen wird, desto größer ist die Chance, immun gegen radikale Strömungen zu werden.“**

Bild: © Thomas Jauk

Kinder und Jugendliche radikalisiert nicht von selbst. Oft ist es der Einfluss von außen, der dies erst ermöglicht. Das vorausgesetzt, muss an drei Stellen angesetzt werden: Zum einen ist zu beweisen, dass es ein Anliegen ist, Gläubige aller Art in der Mitte der Gesellschaft zu vereinen. Auch wenn wir ein christlich geprägtes Land sind, heißt das zum Beispiel, hohe Festtage, wie das Opferfest und das Zuckerfest, zu würdigen. Es heißt auch, dass wir alle, und in der Schule eben die Lehrkräfte und die weiteren pädagogischen Fachkräfte, Vorbilder sind. Mit einem festen Wertekanon haben wir die Möglichkeit, die moderate Religionsausübung zu unterstützen und den Austausch hierüber zu fördern. In einer forsa-Umfrage im Auftrag des Verband Bildung und Erziehung (VBE) konnten wir jedoch aufzeigen, dass die Vermittlung von Werten nicht ausreichend im Lehrplan verankert ist, von zu starren Strukturen verhindert wird und daher die Zeit dafür fehlt. Hier müssen die Kultusministerien ansetzen.

Zum anderen müssen religionspezifische Angebote gemacht werden. Denn je mehr Wissen vermittelt und je stärker in die Reflektion gegangen wird, desto höher ist die Chance, das selbstständig denkende Jugendliche zwar gefestigt in ihrem Glauben, aber immun gegen radikale Strömungen werden. Der VBE fordert daher staatlich organisierten, islamischen Religionsunterricht, dessen Qualität zu evaluieren ist.

Und nicht zuletzt bedarf es konkreter Ansprechpersonen für Lehrkräfte, welche die Sorge haben, dass sich eine Schülerin oder ein Schüler radikalisiert. Ein niedrigschwelliges Angebot muss anonym genutzt werden können.



Foto: Klemens Renner

Osman Örs, Theologischer Referent | Iman, Stiftung House of One – Bet- und Lehrhaus Berlin
„Dieser fruchtbare Austausch und Einblicke in andere Glaubenswelten stärkt die Empathie für andere und entfaltet eine weltoffene Haltung, die getragen wird vom Respekt vor dem Menschen.“

Junge Menschen suchen Orientierung und Zugehörigkeit. Das gilt einmal mehr für junge Musliminnen und Muslime, die in der Mehrheitsgesellschaft nicht selten Ausgrenzung oder Diskriminierung erfahren. Gemeinden können in diesem Punkt Halt bieten und identitätsstiftend wirken. Außerdem spielen sie neben dem Elternhaus eine wichtige Rolle für die religiöse Bildung. Je mehr die jungen Menschen in ihrer eigenen Religion zu Hause sind und darüber wissen, desto schwieriger wird es für islamistische Gruppen, die jungen Frauen und Männer mit radikalem Gedankengut zu verblenden. Ihre Resilienz hängt darüber hinaus auch von der Offenheit gegenüber anderen Religionen oder Weltanschauungen ab. Hier können sowohl Gemeinden als auch Schulen mehr leisten, indem sie die Neugier junger Menschen bündeln und in einen Dialog der Religionen und Kulturen überführen. Beispielsweise gehen wir vom House of One als interreligiöses Team -jüdisch, christlich, muslimisch - in die Schulen oder empfangen Schulklassen in unseren Räumlichkeiten. In einem vertrauten und respektvollen Gespräch tauschen wir uns mit den Schülerinnen und Schülern sowohl über

Gemeinsamkeiten aus als auch über Unterschiede in unseren Religionen. Anschließend reflektieren wir über gemeinsame Werte, die unsere Gesellschaft tragen sowie über Vorurteile und Stereotypen, die unseren Zusammenhalt gefährden. Dieser fruchtbare Austausch und Einblicke in andere Glaubenswelten stärkt nicht nur die Empathie für andere, sie entfaltet darüber hinaus eine weltoffene Haltung, die getragen wird vom Respekt vor dem Menschen.

Das gilt im selben Maße für die digitale Welt, in der die jungen Menschen viel Zeit verbringen. Gerade labile, nicht gefestigte Jugendliche sind anfällig für dort verbreitete Verschwörungsmythen, einfache Welterklärungen und Hassreden. Auch diesen Raum gilt es mit positiven Narrativen, Glaubensmustern sowie Vorbildern zu füllen und ansprechbar zu sein. Junge Menschen müssen hier rechtzeitig abgeholt werden, bevor sie in die Fänge extremistischer Wortführer geraten.

Diesen Gedanken des offeneren, im besten Sinne neugierigen Begegnens auf allen Ebenen, analog wie digital, müssen Schulen wie auch Gemeinden stärker mittragen. Notwendig wäre überdies, den interreligiösen Diskurs zu weiten und in die Strukturen der islamischen und anderen Theologien stärker einzubetten.



Foto: privat

Prof. Dr. jur. Dr. hc. Mathias Rohe

hat Rechts- und Islamwissenschaften studiert. Er forscht und lehrt an der Universität Erlangen-Nürnberg, an die er 1997 berufen wurde. Dort leitet der 61-Jährige seit 2008 – ein Jahr nach seinem Ausscheiden als Richter im Nebenamt am Oberlandesgericht Nürnberg – das von ihm gegründete Erlanger Zentrum für Islam und Recht in Europa. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten in Wissenschaft und Politikberatung zählen die Bereiche Islamismus und Muslimfeindlichkeit. Seit Einführung der Deutschen Islam Konferenz (2006) arbeitet der gebürtige Stuttgarter in deren Rahmen am Dialog zwischen staatlichen und islamischen Vertreter:innen mit. Sein 2011 in dritter Auflage erschienenenes, mittlerweile ins Englische und Russische übersetzte, immer noch aktuelle Buch „Das islamische Recht. Geschichte und Gegenwart“ erhielt im Erscheinungsjahr 2009 den gemeinsamen Preis „Geisteswissenschaften International“ des Börsenvereins des deutschen Buchhandels, der Fritz-Thyssen-Stiftung, des Auswärtigen Amtes und der VG Wort.

Prof. Dr. jur. Dr. hc. Mathias Rohe

Wir benötigen eine passgenaue Problemanalyse und überzeugende Alternativen

Worin besteht das Problem bei radikal islamistischen Lehren? In der Schaffung von „Gegenwelten“ zum gleichberechtigten und respektvollen Zusammenleben in einer freiheitlichen, rechtsstaatlich organisierten Gesellschaft. Im Extremfall führt das zur Gewalt gegen Andersdenkende, zumindest aber zu einer strukturellen Selbstausgrenzung und -überhöhung. Die Ursachen sind allerdings vielfältig: Lebenskrisen, tatsächliche oder vermeintliche Diskriminierungserfahrungen, Indoktrination in Familie, Freundeskreis oder im Internet, gelegentlich auch die bloße pubertäre Lust zur Provokation. Deshalb gibt es auch keinen Einheits-Masterplan für den Umgang mit derlei Problemen. Soweit islamistische Lehren mit der Aufnahme in einen verschworenen Zirkel Gleichgesinnter – auch im Internet – einhergehen, benötigt man Ausstiegsoptionen und Beratung in der Art, wie sie z.B. auch beim Abgleiten in rechtsextremistische Zirkel entwickelt wurde. Die radikalen Lehren selbst sind aus drei Gründen für manche besonders attraktiv: Sie vermitteln Scheingewissheiten und ermöglichen ein neues Selbstbewusstsein als „Glaubenskämpfer“. Zudem sollen sie „Vergeltung“ für tatsächliche oder auch nur vermeintliche Diskriminierung legitimieren.

Deshalb genügt es in vielen Fällen nicht, ausschließlich soziale, ökonomische oder psychologische Faktoren anzugehen. Vielmehr bedarf es auch einer überzeugenden Auseinandersetzung mit islamistischen Ideologien und deren Vertreter:innen. Im Extremfall werden repressive Maßnahmen erforderlich.

Im Wesentlichen geht es aber um Überzeugungs-bildung. Wir benötigen dafür authentische Alternativangebote, gerade auch im schulischen Bereich. Muslimische Lehrkräfte können Quellenkritik einüben und die schon traditionelle Vielfalt muslimischer Lebenshaltungen darstellen und diskutieren. Erlebtes und reflektiertes Glaubensleben im Alltag kann religiöse Angst- und Überheblichkeitspädagogik ersetzen – die Möglichkeit der reflektierten Selbstpositionierung sollte attraktiver sein als die scheinbar einfachen, intellektuell unterbelichteten Wahrheitsbotschaften der Radikalen. Dabei kann und darf z.B. der Religionsunterricht nicht zum De-Radikalisierungsunterricht degenerieren; die muslimische Schülerschaft darf nicht als potentielles Sicherheitsrisiko diskreditiert wer-

den. Ebenso wünschenswert ist muslimische Expertise in anderen säkularen Settings für Kinder und Jugendliche. Es gibt viele Muslim*innen in staatlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen mit einem säkularen professionellen Hintergrund. Nicht zuletzt finden sich auch Vertreter:innen islamisch-religiöser Organisationen, die entsprechend wünschenswerte Jugendarbeit anbieten und darin Unterstützung verdienen.

Das alles kann aber nur gelingen, wenn Muslim*innen vorurteilsfreien Umgang und faire Teilhabe im Alltag erleben. Deshalb benötigen wir zugleich eine Immunisierung gegen eine radikal anti-islamische Propaganda, auch wenn sie sich in das Gewand bloßer marktgängiger „Kritik“ kleidet. Unbestreitbar gibt es verbreitete Vorbehalte gegen „den Islam“ in der Bevölkerung, die nicht selten auch in menschliche Ablehnung und Diskriminierung im Alltag umschlagen. Die AfD, nunmehr in allen deutschen Parlamenten vertreten, schürt solche Ressentiments bewusst mit meines Erachtens auch verfassungswidrigen Positionen zur Religi-

„Erlebtes und reflektiertes Glaubensleben im Alltag kann religiöse Angst- und Überheblichkeitspädagogik ersetzen – die Möglichkeit der reflektierten Selbstpositionierung sollte attraktiver sein als die scheinbar einfachen, intellektuell unterbelichteten Wahrheitsbotschaften der Radikalen.“

onsfreiheit von Muslim*innen. So notwendig einerseits Sachkritik an manchen Lehren und Verhaltensweisen ist, so schädlich sind andererseits unbelegte Pauschalurteile und Ressentiments, auch in der wieder aufgeflammtten Debatte über den „politischen Islam“. So wachsam wir problematische Entwicklungen beobachten und eindämmen müssen, so sehr ist es erforderlich, auf solider Faktenbasis zu agieren – hier scheiden sich seriöse Untersuchungen von allerlei Sarrazinaden. Und nicht zuletzt: Radikale islamistische Lehren sind nur eine - gefährliche - Spielart zunehmender politischer und religiöser Extremismen. Hier verbietet sich ein argumentatives Pingpong: Unrecht und Bedrohungen neutralisieren sich nicht, sondern addieren sich, ja stützen sich oft gegenseitig. Das zeigt: Es gibt Hausaufgaben für alle – zur Herdenimmunisierung gegen alle Ausgrenzungs- und Gewaltlehren!

Seyran Ateş

Wie immunisiert man gegen eine Ideologie?

Covid-19 plagt unser aller Leben, doch eine Pandemie hat einen Anfang und ein Ende. Die Immunisierung unserer Gesellschaften mit naturwissenschaftlichen Errungenschaften ist eine effektive und endgültige Lösung. Bei radikalen Ideologien gibt es leider keine ähnlich schlagkräftige Gegenstrategie.

Radikale Gedankenströme hat es immer gegeben und sind aktuell sogar verstärkt im Umlauf. Und da die Protagonisten meist aus dem Verborgenen agieren, können wir sie mit rechtsstaatlichen Mitteln schwer oder gar nicht fassen. Werden die richtigen Maßnahmen nicht erwirkt, dann laufen wir aber Gefahr, beispielsweise eine gesamte Generation an jungen Muslimen in die Hände des politischen Islam zu treiben.

Die Antworten der islamistischen Menschenfänger sind ähnlich bis nahezu identisch wie die von anderen Populisten. Sie stilisieren eine künstliche „wir gegen sie“ Situation oder schüren gezielt Minderwertigkeitsgefühle von jungen Muslimen. Leider gibt es beide Strömungen in der Gesellschaft (es gab sie immer), aber die Islamisten bauen darauf auf und verstärken sie. Die vermeintlichen Patentrezepte der Islamisten funktionieren natürlich auch nicht, aber sie erzeugen starke Bilder und Emotionen und erzeugen eine Dynamik, die junge Menschen ansprechend finden können, wie etwa Koran-Verteilungen als Provokation gegenüber dem biedereren christlichen Establishment und den universellen Menschenrechten.

Das Problem beginnt aber nicht mit den Populisten. Es beginnt mit jenen Gruppen, mit denen Entscheidungsträger in den Parlamenten und Verwaltungen sowie Bildungseinrichtungen und sogar manche NGOs über Jahre Partnerschaften aufgebaut haben. Wenn beispielsweise Partner wie die DITIB,

„Es ist unausweichlich für ganz Europa, jetzt einzugestehen, dass unser Schulsystem gegen den politischen und radikalen Islam zum heutigen Stand nicht gewappnet ist.“

Islamic Relief, ZMD, und VIKZ, die ich persönlich zum Kreis des politischen Islam zähle, bedient werden, dann wird ein Großteil der muslimischen Zivilgesellschaft Organisationen überlassen, die entweder politische Abhängigkeiten im In- und Ausland haben oder islamistische Gruppierungen unterstützen bzw. Teil davon sind.

Meines Erachtens kommt kein Land in Europa mehr drum herum, endlich beim Aufbau einer muslimischen Zivilgesellschaft Unterstützung zu leisten. Abhängigkeiten zu Strukturen von Islamisten wie Milli Görüs oder Muslimbruderschaft müssen unterbunden und „eigene“ Ressourcen aufgebaut werden.

Dazu gilt es unter anderem unser religiöses Bildungssystem zu reformieren. Ein paralleles Bildungssystem, das gegenwärtig im Umfeld von Moscheen und Koranschulen von vielzähligen muslimischen Familien in Anspruch genommen wird, dient vor allem dem Patriarchat und der Ablehnung als westlich bezeichneter Werte sowie der Förderung eines offenen Antisemitismus. Dies ist für eine offene und demokratische Gesellschaft nicht tragbar.

„Imame made in Germany“ können mit Sicherheit besser einen mit unserem Rechtsstaat kompatiblen Islam im Religi-

onsunterricht vermitteln als importierte Imame ohne Deutschkenntnisse, geschweige denn kulturelles und geschichtliches Wissen. Imame, die die deutsche Sprache beherrschen, können Kindern vielleicht tatsächliche Lebenshelfer in allen Lebenslagen sein.

In dieser äußerst delikaten Situation, nachdem viele Jahrzehnte ignorant verschlafen wurden, gilt es endlich damit zu beginnen, ein System aufzubauen, das nachhaltig ist. An aller erster Stelle muss dabei die Integration und Inklusivität ins Auge gefasst werden. Dies wird nur anhand der Einführung eines flächendeckenden multikonfessionellen Schulprogramms möglich sein.

Ein Programm, das unserer Jugend verschiedene Perspektiven und Überzeugungen darlegt und durch interdisziplinären Dialog als Gesellschaft näher zusammenführt. Ein solches Unterfangen sollte sich aber nicht ausschließlich der Theologie, religiösen Praxen und multikonfessionellen Religionsgeschichte widmen, sondern sollte gemeinsam mit der Jugend auch unser philosophisches und gesellschaftspolitisches Gedankengut erforschen und lehren. Ein Bildungsprogramm, das sich zwar mit der Gegenwart, aber auch mit den Realitäten der Vergangenheit auseinandersetzt. Unsere Lehrkräfte und deren Mut und Einsicht ist dabei mehr denn je gefragt. Wir müssen alle unseren Beitrag leisten und uns stets an das erbrachte Opfer von Menschen wie Samuel Paty erinnern.

Es ist unausweichlich für ganz Europa, jetzt einzugestehen, dass unsere Schulsysteme gegen den politischen und radikalen Islam zum heutigen Stand nicht gewappnet ist. Die Auswirkungen jahrelanger religiöser Segregation statt gesellschaftlicher Integration sind an vielen deutschen Schulen schon seit vielen Jahren so deutlich erkennbar, dass Blinde es sogar sehen können. Auch wenn Entscheidungsträger_innen sie mit Worten zu überdecken versuchen. Eine beängstigende Erkenntnis. Ja und Nein, es ist eine bittere Realität, die wir noch ändern können. Und zwar durch viel mehr demokratiefördernde Initiativen an Schulen, um dabei auch die Zukunft des liberalen Islam für deutsche Muslime sicherzustellen.

Islamisten und radikale Gruppen werden sich weiterhin ihrer wohletablierten Proxyorganisationen bedienen und die Schwachstellen in unserem Bildungssystem ausnutzen, bis unsere Entscheidungsträger_innen schlussendlich einsehen müssen, dass eindeutige Maßnahmen erforderlich sind. Das ist eine Mammutaufgabe, ein Marathon. Die Bekämpfung einer Pandemie erscheint dagegen beinahe einfach und simpel zu sein.



Foto: Maximilian Gödecke

Seyran Ateş, 1963 in Istanbul geboren, lebt seit 1969 in Deutschland. Sie ist Rechtsanwältin mit eigener Kanzlei und Autorin diverser Bücher. Als Frauen- und Menschenrechtsaktivistin gehört sie seit mehr als 35 Jahren unter anderem zu den bedeutendsten Stimmen im Kampf gegen religions- und traditionsgebedingte Gewalt. Sie ist Ideengeberin und Gründerin der im Jahre 2017 eröffneten liberalen Ibn Rushd-Goethe Moschee in Berlin.



Ali Ertan Toprak ist der Bundesvorsitzende der Kurdischen Gemeinde Deutschland, Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände in Deutschland und ehemaliger Generalsekretär der Alevitischen Gemeinde Deutschlands. Seit der Gründung durch den damaligen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble im Jahre 2006 war Toprak – damals Mitglied von Bündnis '90/Die Grünen – Teilnehmer der Deutschen Islam Konferenz (bis 2012). Der heute 51-Jährige ist seit 2014 aktives Mitglied der CDU und zurzeit Mitglied des CDU-Bundesfachausschusses „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ und Mitglied im Bundesnetzwerk Integration der CDU. Seit 2021 ist er Beauftragter des Hamburger CDU-Landesvorstandes für Vielfalt, Integration und Zusammenhalt.

Ali Ertan Toprak hat Rechts- und Sozialwissenschaften studiert und ist als Politikberater international tätig. Er ist Mitglied des ZDF-Fernsehrats und publiziert Texte in Leitmedien, z.B. für die WELT, ZEIT, TAZ, CICERO.

Ali Ertan Toprak, Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände in Deutschland (BAGIV)

Aufklärung und Präventionsarbeit zum Thema Islamismus in Schulen

zwd Berlin. In seiner Funktion als Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände in Deutschland (BAGIV) steht Ali Ertan Toprak im regelmäßigen Austausch mit Pädagog/innen und auch Lehrkräften in Schulen. Seine Feststellung: *„Nicht zuletzt nach der Ermordung des französischen Lehrers Samuel Paty haben wir auch an deutschen Schulen leidvoll erfahren müssen, wie weit islamistische Einflüsse teilweise das Denken und Handeln von muslimischen Jugendlichen prägen.“* Die Schlussfolgerung seines Beitrages für das zwd-POLITIKMAGAZIN: *„Schulen und Lehrer dürfen mit solchen Herausforderungen nicht im Stich gelassen werden.“*

Schulen sind neben der Familie der wichtigste Ort, um Kinder und junge Leute zu erreichen und sie zu immunisieren gegen jedwede Form von Extremismus. Schulen haben auch offiziell den Auftrag demokratische Bildung und Erziehung zu leisten. Was mir engagierte Lehrkräfte jedoch in den letzten Jahren berichteten, zeigt, dass gerade die konkrete Präventionsarbeit gegen Islamismus bisher kaum etabliert ist. Schulen, die als Institution insgesamt pädagogische Konzepte mit konkreten Maßnahmen gegen islamistische Radikalisierung entwickelt haben, muss man nach wie vor mit der Lupe suchen.

Als vor etwa zehn Jahren die salafistische „Lies!“-Kampagne des Kölner Hasspredigers Ibrahim Abou Nagie aus Köln mit der Absicht startete, in ganz Europa 25 Mio. Korane an Infoständen an die Bevölkerung zu verteilen, standen vornehmlich junge Leute im Alter von 15 bis Ende 20 in den Einkaufszonen und warben in erster Linie Jugendliche an, mit erschreckendem Erfolg. Hier hätten beispielsweise die Schulen handeln und mit Schülervertretungen und Arbeitsgruppen Gegenprogramme zum Empowerment starten müssen.

Nach den islamistischen Anschlägen in Paris auf Charlie Hebdo im Januar und auf den Club Bataclan im November 2015 stand Europa zwar unter Schock, da der Islamismus unübersehbar zeigte, dass es hier um Terror und Mord und um die Zer-

störung demokratischer Werte wie Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Gleichberechtigung und Selbstbestimmung geht.

Die Maßnahmen und Projekte gegen diese Form des Extremismus blieben aber aus. Bestehende Bündnisse gegen rechts wie auch das bekannte Schulnetzwerk „Schule ohne Rassismus/Schule mit Courage“, dem sich deutschlandweit viele Schule angeschlossen haben, thematisierten weiterhin vornehmlich einen Rechtsextremismus und einen Rassismus, der als „weiß“ verstanden wurde, der also von Angehörigen der „weißen“ deutsch-einheimischen Mehrheitsgesellschaft ausgeht. Die Rassismusformen und ultranationalistische bzw. islamofaschistische Propaganda, die etwa von türkischen, arabischen, bosnischen Communities, reaktionären Moscheevereinen und Islamverbänden ausgehen, blieben weitestgehend ein blinder Fleck.

Stattdessen entwickelten sich Denkweisen und Kampagnen, die sich einem befürchteten Anstieg von Islamfeindlichkeit widmeten. Es wurden Begriffe erfunden, wie etwa „Islamophobie“ und „antimuslimischer Rassismus“, vermittels derer noch

„Die Moscheen und islamistischen Verbände zielen allesamt auf eine Indoktrination von Kindern und Jugendlichen, die von klein auf im Geiste der Scharia sozialisiert werden. Keiner kontrolliert bisher, was in den Moscheen an Erziehungsarbeit vollzogen wird.“

mehr als zuvor jedwede Kritik am Islam abgewehrt und sogar pathologisiert wurde. Moscheevereine, Islamverbände und islamistische Gruppierungen wie „Realität Islam“ wussten die Gunst der Stunde zu nutzen. Reihenweise besuchten seither ganze Schulklassen die Moscheen von Ditib und Milli Görüs.

Das geschah weitgehend ungeachtet der Tatsache, dass Ditib mit seinen 960 Moscheen und Milli Görüs mit 360 Moscheen nachweislich ein reaktionäres Welt- und Menschenbild propagieren, Spitzendienste in Bezug auf Lehrkräfte leisten, die Kritik an Erdogan, der Türkeiipolitik und dem Scharia-Islam üben.

Nicht einmal die jüngsten islamistischen Terrorakte, wie die barbarische Enthauptung des französischen Geschichtslehrers Samuel Paty am 16. Oktober 2020, weitere Morde an Menschen in Dresden, Nizza und Wien haben hier zu einem Umdenken in den Schulen geführt. Die in NRW vom Schulministerium für alle Schulen im Land vorgeschlagene Gedenkminute am 2. November 2020

find, wie mir Pädagog/innen berichteten, vielfach nicht statt. Die Grauen Wölfe, die in Frankreich verboten wurden, haben in Deutschland weiteren Zulauf und bilden mit etwa 18.000 Anhängern die größte rechtsradikale Gruppierung.

Die Moscheen und islamistischen Verbände zielen allesamt auf eine Indoktrination von Kindern und Jugendlichen, die von klein auf im Geiste der Scharia sozialisiert werden. Keiner kontrolliert bisher, was in den Moscheen an Erziehungsarbeit vollzogen wird. Lokal werden Moscheebauten forciert, deutschlandweit ertönen seit der Coronakrise die Muezzinrufe und werden unzulässiger Weise mit dem Kirchengeläut gleichgesetzt und in ihrer Botschaft verkannt.

An den Hochschulen entstehen zunehmend islamistische Studierendengruppen wie etwa „KultTürk“ und machen den Schulterschluss mit erdoganfanatischen Migrantenparteien wie der „BIG-Partei“, die mit „JuBIG“ eine Jugendorganisation gegründet hat.

Weiterhin gibt es arabischen Islamismus mit eigenen Moscheen, Verbindungen zu Mamas und Hisbollah, den Einfluss der Muslimbruderschaft, „Islamic Relief“ oder Tarnorganisationen wie „Ansaar International“ als auch die Union internationaler Demokraten (UID), mit denen die migrantische Jugend in eine Gegnerschaft zu unserer demokratischen und freien Gesellschaft sozialisiert wird. Die Demokratie wird unter dem Motto der Religionsfreiheit instrumentalisiert, um sie zu bekämpfen und abzuschaffen. Ähnliche Tendenzen des Aufbaus einer Gegengesellschaft und dem Pauschalverdacht des „antimuslimischen“ Rassismus sind bei „Black lives Matter“ zu beobachten. Polizei, Ordnungskräfte werden offen angegriffen, Jugendliche plündern und zerstören Geschäfte und Innenstädte im Rahmen vandallistischer Events.

Was ist an Schulen nun zu tun?

Wir brauchen eine neue Debatte und neuen Konsens der Ablehnung von Gewalt und Extremismus in all ihren Formen, der den Islamismus als die am schnellsten wachsende extremistische „Jugendbewegung“ aller Zeiten einschließt.

- Die Kultusministerien müssen Leitlinien, Projekte und Maßnahmenpakete entwickelt werden unter Einbeziehung der Erfahrungen von Lehrkräften, Sozialarbeiter/innen, Schulpsycholog/innen und Frauenberatungen.

- Die Schulaufsichten, Schulleitungen und Kollegien bedürfen einer Qualifizierung, an der anerkannte Islamismusexpert/innen beteiligt werden.

- Inhaltlich muss sich an den Frauen- und Menschenrechten orientiert werden, die konsequent durchzusetzen sind.

- Keine religiös motivierte Gruppierung darf hier Sonderrechte bekommen, wie etwa die Einrichtung von Gebetsräumen, Fastenzeiten in Schulen oder Gewährung von geschlechtergetrennten Sport- und Schwimmunterricht.

- Religiöses Mobbing, Bekleidungs- und Verhüllungsvorschriften, Verweigerung von Eltern in Bezug auf Biologieunterricht oder Sexuaufklärung müssen offiziell registriert und mit einer Meldepflicht bei zuständigen Stellen versehen werden.

- Wir brauchen multiprofessionelle Netzwerke, um betrof-

fene Schulen, Eltern, Kinder und Jugendliche unterstützen zu können. In Fällen islamistischer Gewalt und Bedrohung in Schulen, auch diejenige Gewalt, die Lehrkräfte durch radikalisierte Schüler/innen oder deren Eltern erfahren, müssen diese erfasst und gemeldet werden.

- Vorfälle dieser Art, von denen Lehrerverbände im Rahmen von anonymen Befragungen Kenntnis erhielten, müssen ernstgenommen werden und hier müssen klare Sanktionen erfolgen.

- Es darf nicht weiterhin geduldet werden, dass Schulleitungen und Schulaufsichten auf Kosten der Betroffenen und um den „Ruf der Schule“ nicht zu beschädigen, Bedrohungen und Gewalt verschweigen oder herunterspielen.

- Beratungsstellen für Salafismus, wie etwa „Wegweiser-NRW“ (mit 54 seit 2014 mittlerweile lokal etablierten Stellen) und andere Projekte sind daraufhin zu überprüfen, ob sie durch kulturellrelativistische Ansätze und Akteur/innen geprägt und beeinflusst sind, die Frauen- und Menschenrechte unter falscher Toleranz und Rücksichtnahme auf reaktionäre traditionelle oder fundamentalistisch religiöse Denkweisen bestimmter Gruppierungen außer Kraft setzen oder ob sie mit Einrichtungen des politischen Islam, also Ditib, Milli Görüs kooperieren.

„In jeder Schulordnung und in jedem Leitbild einer Schule muss das Handeln gegen islamistische Radikalisierung, gegen sexistische Einschränkungen und religiös begründete Bevormundung von Mädchen und Frauen nachlesbar verankert werden, sodass Betroffene diesbezüglich Maßnahmen einfordern können.“

- Bei den Fachkräften, die im Umfeld von Schulen zur Beratung und Intervention bei Extremismus und Islamismus eingesetzt sind (wie etwa diejenigen, die abgeordnet und ab Ende 2019 im Land NRW in 25 regionalen Schulberatungsstellen angesiedelt wurden) sollte eine Prüfung erfolgen, welche Qualifikation in Bezug auf Islamismus bei ihnen vorliegt. Diese Landesmaßnahme entzieht sich bisher eine Einschätzung und von Transparenz hinsichtlich der Effektivität ihres Handelns kann meiner Kenntnis nach keine Rede sein.

- Wenn in Schulen Kenntnis hinsichtlich bestehenden salafistischer Netzwerke oder des Einflusses islamistischer Moscheen auf Kinder und Jugendliche besteht, darf dies nicht den Schulleitungen überlassen bleiben, damit umzugehen und dies „intern“ zu regeln.

- In jeder Schulordnung und in jedem Leitbild einer Schule muss das Handeln gegen islamistische Radikalisierung, gegen sexistische Einschränkungen und religiös begründete Bevormundung von Mädchen und Frauen nachlesbar verankert werden, sodass Betroffene diesbezüglich Maßnahmen einfordern können.

- Mit Kindern und Jugendlichen sind kontinuierlich im schulischen Alltag, also im Regelunterricht wie auch in Projekten Themen zu behandeln, die ihre Selbstwirksamkeit fördern, praktisches Empowerment ermöglichen und demokratisches Denken und Handeln und Abwehr gegen islamistische Propaganda vermitteln. Die Erfahrungen und Maßnahmen sollten in überschulischen Workshops unter Hinzuziehung von Expert/innen auszuwerten und zu dokumentieren, damit das bis bisher noch fehlende Knowhow auch entstehen kann. ■



Bestellen Sie den zwd ... (als Print- oder Digitalausgabe) ... und profitieren Sie von unseren fundierten Recherchen

**zwd-POLITIKMAGAZIN (Vollständige Ausgabe)
PRINT & DIGITAL Nr. 382**

**zwd-POLITIKMAGAZIN (Teilausgabe)
FRAUEN & POLITIK DIGITAL 378 D**

**zwd-POLITIKMAGAZIN (Teilausgabe)
BILDUNG & POLITIK DIGITAL 03-20**



BESTELLEN SIE HIER DIE ZWD-AUSGABEN PRINT ODER/UND DIGITAL

An die zwd-Mediengruppe, Friedenstraße 16, 10249 Berlin
E-Mail: abo@zwd.info; Tel.: 030 55 60 33 88; Fax: 03212 7400757



Ich/Wir bestelle(n) ein Jahres-Abo des **zwd-POLITIKMAGAZINS FRAUEN · BILDUNG · KULTUR · GESUNDHEIT** entsprechend den zwd-AGBs wie im Nachfolgenden angekreuzt (bei Neubestellung bis 30.06.2020):

■ **Das persönliche Abonnement**

die **PRINT-Ausgabe¹ des POLITIKMAGAZINS (plus Online)**

Euro 11,00 mtl. Euro 7,00 mtl. für Studierende

die **zwd-DIGITALAUSGABEN² & Online (ohne Print)**

Euro 7,50 mtl. BILDUNG & POLITIK Euro 6,00 mtl. Studies
 Euro 7,50 mtl. FRAUEN & POLITIK Euro 6,00 mtl. Studies
 Euro 11,00 mtl. für beide Digitalausgaben

alle zwd-AUSGABEN zum Schnupperpreis für drei Monate^{1,2}

Euro 22,00 (gedruckt und digital), nach Überweisung oder mit einmaliger Einzugsermächtigung

Zahlungsmodalitäten

- jährlich mit Rechnung oder Einzugsermächtigung*
- halbjährlich mit Einzugsermächtigung*
- vierteljährlich mit Einzugsermächtigung*

*Die Einzugsermächtigung kann jederzeit widerrufen

■ **Das institutionelle Abonnement**

PRINT-Ausgabe¹ des POLITIKMAGAZINS (plus Online)

Euro 19,00 mtl. (für Redaktionen, Institutionen, Behörden) mit Zugriff auf beide Digitalausgaben
 30% Abschlag für Arbeitseinheiten bis 7 Mitarbeitende

die **zwd-DIGITALAUSGABEN² & Online (ohne Print)**

Euro 14,00 mtl. für beide Digitalausgaben
 Euro 9,00 mtl. BILDUNG & POLITIK²
 Euro 9,00 mtl. FRAUEN & POLITIK²
 Euro 3,00 mtl. für weitere Zugänge zu Digitalausgaben

Kontoinhaber:.....
IBAN:
BIC:
Geldinstitut:

Gratis: ein Probeexemplar des zwd-POLITIKMAGAZINS

Gratis: Der zwd-NEWSLETTER: BILDUNG FRAUEN

Alle Preise verstehen sich inklusive anfallender Versandkosten im Inland, zzgl der jeweils geltenden Mehrwertsteuer (z.Zt. 7 %)

¹ Die Printausgaben erscheinen in der Regel 10mal jährlich. ² Die Digitalausgaben erscheinen in der Regel 6mal jährlich.

Es gelten die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) der zwd-Mediengruppe (siehe unter www.zwd.info). Sie werden mit dieser Bestellung anerkannt und werden mit der Abonnementsbestätigung nochmals zugesagt. Das Abonnement mit mindestens 12-monatiger Laufzeit kann per Brief oder Fax bis zum 1. September zum jeweiligen Jahresende gekündigt werden.

*Für das Probeabonnement gelten die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) der zwd-Mediengruppe (siehe unter www.zwd.info). Sie werden mit dieser Bestellung anerkannt und werden mit der Abonnementsbestätigung nochmals zugesandt. Das Probeabonnement verlängert sich um weitere neun Monate zum Sonderpreis von 77,00 Euro, wenn es nicht vor Ablauf des 2. Bezugsmonats gekündigt wird. Soll das Abonnement danach weiterlaufen, gilt der reguläre Bezugspreis.

Name, Vorname:

Telefon:

Straße, Hausnummer:

Ort, Datum, Unterschrift:

PLZ, Ort:

Ich kann die Bestellung innerhalb von 14 Tagen widerrufen.

ggf. Institution:

2. Unterschrift:.....

...oder senden Sie uns einfach unter Angabe Ihres Abonnement-Wunsches eine Email an abo@zwd.info, ein Fax an **03212 7400757** oder mit Brief **an die obige Adresse**. Gerne lassen wir Ihnen auch weitere Infos zukommen!